

Es ist so, daß diese Veränderungen an die wirtschaftlichen Veränderungen insgesamt gebunden sind, und insofern habe ich Herrn Krause vorhin anders verstanden, er hat nicht auf die Frage der Dynamisierung geantwortet, daß der Sozialzuschlag um 10 % dynamisiert wird, sondern er hat gesagt, daß die Mindestbeträge, die zur Verfügung stehen nach Aussagen von Herrn Bundesminister Blüm, erwartungsweise um 10 % steigen. Insofern war die Aussage nicht auf die Dynamisierung der Sozialzuschläge gerichtet, aber da müßte man jetzt mal das Protokoll zu Hilfe nehmen.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort an Frau Abgeordnete Birthler, Fraktion Bündnis 90/Grüne.

**Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht in diesem Abschnitt der Debatte nicht einfach nur um Soziales, es geht um sozialen Frieden. Wir wissen alle davon, daß Menschen, die in einer verzweifelten Situation sind, die sich im sozialen Abseits befinden, dazu neigen, zu radikalisieren. Es besteht die Gefahr, daß wir zu einer romantischen Verklärung der Vergangenheit gelangen. Es besteht die Gefahr, daß es ganz rechts zur Radikalisierung kommt. Insofern hat Soziales eine enorme politische Dimension, und nur, wenn wir soziale Probleme lösen, wenn wir sozialen Frieden in den künftigen Ländern, die einmal die DDR waren, schaffen können, dann sind wir geschützt vor einer überstarken Polizei und vor Geheimdiensten.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte erinnern an unsere Genugtuung, als es gelungen ist, den Sozialzuschlag durchzusetzen. Ich möchte daran erinnern, daß wir einig waren in der Forderung, daß die Renten noch in diesem Jahr zu erhöhen sind. Was ist der Stand? Rentenerhöhungen sind - zumindest ist das im Einigungsvertrag nicht anders erwähnt - erst im nächsten Jahr zu erwarten. Das ist nicht akzeptabel. Der Sozialzuschlag, der gewährt wird, gilt nur bis 1995. Die Dynamisierung erfolgt nicht. Darüber ist vorhin gesprochen worden. Die Rentner, die ab 1.1. 92 in die Rente gehen, werden diesen Sozialzuschlag nicht erhalten.

Nun ist ein neues Rentenrecht in Aussicht gestellt, von dem wir noch nicht wissen, wie es aussieht. Man kann nur hoffen, daß die besonderen Probleme der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger darin berücksichtigt werden. Dazu gehört, daß das Lebensinkommen, das ja gerade in der DDR ganz erheblich unter dem der Bundesrepublik lag, nicht als alleinige Grundlage der Rentenberechnung gilt. Sonst bleibt die Ungerechtigkeit bestehen. Und dazu gehört, daß man berücksichtigt, daß die jetzigen Rentner von anderen Voraussetzungen ausgegangen sind, während sie berufstätig waren, und auch nicht die Möglichkeit hatten, die Leistungen zu erarbeiten, die in einer Leistungsgesellschaft für hohe Renten nötig sind. Und sie können es im Gegensatz zu uns allen, die wir noch einige Jahre Berufstätigkeit vor uns haben, nicht mehr korrigieren. Ich halte im übrigen den Hinweis gerade bei dieser Generation, daß ja die Witwenrenten da einiges auffangen, für einigermaßen zynisch. Sollen die Frauen, die infolge des Krieges ohne Partner und ohne Familie leben mußten, nun doppelt bezahlen?

Rentenprobleme sind zu großen Teilen Frauenprobleme. Ein Blick in die Statistik zeigt, daß bei den Rentnern mit den hohen Renten außerordentlich wenig Frauen sind. Frauen haben eine andere Erwerbsbiografie, und es ist an dieser Stelle zu fragen, warum nicht Aufklärungsarbeit geschieht, warum schon wieder nichts dagegen getan wird, daß Frauen im erwerbsfähigen Alter eben keine ungeschützten Arbeitsverhältnisse eingehen. Die Werbung in der DDR läuft auf Hochtouren. Geld bar auf die Hand, aber da ist keine Rentensicherung, da ist keine Sozialversicherung dabei. Da muß man aufklären; denn das ist gefährlich und bringt diese Frauen in 20 Jahren in die gleiche Situation.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Herr Dr. Wöstenberg und Frau Hildebrandt hatten recht, und es war wichtig, daß sie sich zum Sozialzuschlag geäußert haben. Aber das ist noch nicht das ganze Problem. Wir werden mit die-

ser Forderung nach Dynamisierung des Sozialzuschlages keinen Erfolg haben, und ich werde sagen, warum. Es handelt sich hier um eine politische Grundsatzentscheidung. Was wir mit dieser Dynamisierung des Sozialzuschlages wollen ist die Mindestsicherung für alte Menschen, unabhängig von der Sozialhilfe. Und genau das ist die Haltung, die die Bundesregierung nicht vertritt.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei PDS)

Ich wünschte, daß wir bei diesem Programm bleiben, und da kann ich nur wünschen, daß Herr Dr. Wöstenberg und Frau Hildebrandt auch ihre eigenen Parteien dann in Bonn zu der Ansicht bekehren, daß so etwas notwendig ist;

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und der PDS)

denn bis jetzt sind in der Forderung nach einer Mindestsicherung die Grünen im Bundestag allein, und die Unterstützung durch die Liberalen und die Sozialdemokraten ist da enorm nötig.

Was hat es noch mit der Sozialhilfe auf sich, von der die Bundesregierung sagt: Das ist ja unsere Mindestsicherung.

Zwei Kritikpunkte: Zum einen handelt es sich um eine Mindestsicherung, die an Bedingungen geknüpft ist, an Bedingungen, die insbesondere die Würde der alten Menschen verletzen, und zum zweiten wird ein Problem, das ein Problem des Staates ist, auf die Kommunen verlagert. Für die Mindestsicherung sind mit der Sozialhilfe plötzlich die Kommunen verantwortlich, obwohl die Probleme natürlich zentral entstanden sind. Und wie das in den Kommunen aussieht, in den künftigen Ländern, die mal DDR waren, das wissen wir alle. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Wir kommen nunmehr zum letzten Sachkomplex: Wissenschaft und Kultur. Dem Präsidium liegen zwei Wortmeldungen vor. Die erste ist die des Herrn Abgeordneten Schwarz von der DSU. Bitte nehmen Sie das Wort.

**Schwarz (DSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe den Wunsch des Abgeordneten Thierse, sich als stammes Wählerkämpfer zu empfehlen, doch hoffe ich, daß die Rede des Vorsitzenden der SPD (Ost) die einzige Diffamierung eines politischen Gegners im Wahlkampf bleibt. Die DSU will sich mehr den Sachlagen widmen.

(Unruhe im Saal)

In allen Bereichen des Landes, die nichtmaterielle Güter produzieren, herrscht zum Teil besondere Unsicherheit. Dazu gehören vor allem Bereiche von Kultur und Bildung. Auch über Medien muß hier gesprochen werden. Doch da wir heute noch das sehnlichst erwartete Überleitungsgesetz hoffentlich verabschieden, möchte ich das hier ausklammern. Wir haben in diesem Hause schon große Redeschlachten gehört. Jeder Bürger wird da seine Gesetze gesucht und gefunden haben. Aber die Fragen, die wegen ihrer Brisanz und wegen ihrer Vergangenheit vorrangige Plätze verdienten, kamen arg kurz weg. Das wird nicht nur von den Betroffenen bedauert, sondern auch von vielen Abgeordneten, die ja auch Väter, Mütter, also Eltern von Schulkindern, Lehrlingen oder Studenten sind und die deren Probleme - zumindest am Wochenende - griffig und wahrscheinlich bissig erlebten. Und da warten alle auf Zeichen - und warteten - aus dem Bildungsministerium. Aus der Sprachlosigkeit des Anfangs entwickelte sich zwar etwas, doch bis in die letzte Schulstube drang nur langsam frischer Wind.

Der Artikel 37 gibt da den Kultusministerien der Länder eine ungeheure Verantwortung, denn alle ökonomischen Zwänge des Anfangs fallen natürlich auch auf die Bildung. Über die wichtige materielle Seite ist von mir auch hier schon zweimal gesprochen worden. In einem Film hörte ich einmal den Satz: An dem Umgang mit den Kranken und Schwachen, den Behinderten er-